



Landesverteidigungsakademie  
Wien

# MÖGLICHKEITEN UND STOLPERSTEINE IN SOMALIA

*Gerald Hainzl und Walter Feichtinger*

**1991 wurde der Diktator Siad Barré gestürzt. Seither verfügt Somalia über keine Zentralregierung und gilt allgemein als gescheiterter Staat. Erst das massive Auftreten von Piraten, die den internationalen Schiffsverkehr im Golf von Aden beträchtlich stören, brachte Somalia wieder internationale Aufmerksamkeit. Die Möglichkeiten externer Einflussnahme sind allerdings gering.**

## Politische Entwicklungen

Somalia wurde 1960 unabhängig und innerstaatliche Konflikte haben sich rasch manifestiert. Spannungen aufgrund eines Nord-Süd-Gegensatzes waren bereits bei der Staatsgründung erkennbar. Seit dem Sturz des Diktators Siad Barré 1991 verfügt Somalia über keine Zentralregierung, die ihre Autorität auf dem gesamten Staatsgebiet durchsetzen kann. Die schwache Übergangsregierung (Transitional Federal Government – TFG) hat sich zum Ziel gesetzt, systematisch ihren Einfluss auszuweiten und bis 2012 alle islamischen Milizen zu entmachten.

Derzeit bestimmen die 2004 geschaffene und international anerkannte TFG sowie die islamistischen Gruppierungen Harakat al-Shabaab al-Mujahideen (al-Shabaab) und die Hisb al-Islam das politische Geschehen in Somalia. Im Norden Somalias bestehen

zwei stabile staatenähnliche Gebilde. Somaliland als praktisch unabhängiger Staat, der aber international nicht anerkannt ist und Puntland, das lediglich einen Autonomiestatus innerhalb Gesamtsomalias anstrebt. Der Einfluss der TFG beschränkt sich auf Teile der Hauptstadt Mogadischu. Die Regierung Puntlands, wie auch verschiedene Gruppierungen in Zentralsomalia, kooperieren mit der TFG.

Die Milizen der al-Shabaab operieren hauptsächlich im Süden Somalias sowie in den Städten Kismayo und Mogadischu. Die Stärkeangaben variieren zwischen 3.000 und 7.000 Kämpfern. Die al-Shabaab sieht sich als inklusive islamische Bewegung, die auch für Kämpfer aus dem Ausland offen steht. Einige ihrer Mitglieder verfügen über Kontakte zu al-Kaida-Führern, die Zusammenarbeit war, wenn überhaupt vorhanden, bisher nur gering. Als stärkstes Band gilt die Ideologie.

IFK Monitor  
März 2010

Die Hisb al-Islam stellt einen Zusammenschluss mehrerer islamischer Milizen, jedoch keinen geschlossenen Akteur dar. Allianzen bedeuten keine längerfristigen Bindungen, sondern wechseln in Somalia sehr rasch. Ihre politische Relevanz hängt daher stark von ihrer momentanen Stärke ab. Alle diese Gruppierungen beruhen zwar auf einem politisch radikal interpretierten Islam (religion based), sind allerdings nicht religiös motiviert (religion motivated).

Aus internationaler Sicht sind es aber primär Piraterie und Terrorismus, die ein verstärktes Interesse an Somalia bewirken. Eine große politische Lösung unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure lässt sich daher unter den derzeitigen Voraussetzungen nicht ableiten. Aktuelle Überlegungen und Maßnahmen lassen vielmehr auf eine Strategie schließen, die aus einer Eindämmung radikaler Strömungen und der Unterstützung einer eigenverantwortlichen Entwicklung besteht.

In der Nachbarschaft treten vor allem drei Akteure in Erscheinung. Äthiopien marschierte Ende 2006 in Somalia ein, stürzte die Union der Islamischen Gerichtshöfe und zog sich Anfang 2009 wieder zurück. Der Ausgang der äthiopischen Parlamentswahlen im Mai 2010 könnte die äthiopische Politik gegenüber Somalia wieder verändern. Der Jemen beherbergt bereits ca. eine Million somalische Migranten und Flüchtlinge und möchte vor allem durch verstärkte Kontrolle der Gewässer den Andrang somalischer Flüchtlinge unterbinden, nicht zuletzt, weil verwandtschaftliche Verbindungen über den Golf von Aden hinweg von Piraten und Terroristen genutzt werden können. Eritrea wiederum ist daran gelegen, Gruppierungen wie die al-Shabaab zu unterstützen, um Äthiopien im Süden zu binden.

### **Gesellschaftliche Entwicklungen**

Die beschleunigte Transformation der

Lebenswelt während der letzten 20 Jahre hat die Gesellschaft nachhaltig verändert und Radikalisierungstendenzen verstärkt. Das hat auch auf traditionelle Konfliktlösungsmechanismen erheblichen Einfluss. So ist zwar die Bindung an den Clan nach wie vor bedeutend, sie gestaltet sich allerdings flexibler und dynamischer. Daher sollte die Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen über Clangrenzen hinweg gestärkt werden. Das internationale Wissen über Akteure und soziale Strukturen ist allerdings sehr begrenzt. Aus diesem Grund wäre für seriöse Analysen und die Entwicklung von Handlungsoptionen im Hinblick auf eine Stabilisierung vertiefende Forschung erforderlich.

Durch die Förderung lokaler und regionaler Wirtschaftsaktivitäten könnte ein Stabilisierungsbeitrag geleistet werden, da Geschäftsleute clanübergreifend agieren und damit neue Allianzen und Netzwerke schaffen. Der Einfluss der weltweiten Diaspora könnte genutzt werden. Deren enorme Transferleistungen (ca. 1 Mrd €/Jahr) tragen zum Überleben vieler Somalis bei und stärken die ökonomischen Aktivitäten auf Mikroebene. Trotz der Heterogenität sollte sie in Lösungs-/Transformationsprozesse eingebunden werden, da sie Ideen und Innovationen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einbringen bzw. verstärken kann.

### **Internationales Krisenmanagement**

Die Möglichkeiten eines internationalen Krisenmanagements scheinen begrenzt zu sein. Derzeit ist die Afrikanische Union (AU) mit einer Mission (max. 8.000, dzt. ca. 5.300) in Somalia präsent (African Union Mission in Somalia – AMISOM). Diese kann über den Großraum Mogadischu hinaus kaum wirksam werden. Die AU ist aber ohne externe Unterstützung nicht in der Lage, die Mission auf längere Sicht aufrecht zu erhalten oder auszubauen.

EUNAVFOR Atalanta, die EU-Mission

gegen Piraterie, ist eine Mission zur „Schadensbegrenzung“, die im Verbund mit anderen internationalen maritimen Initiativen vorwiegend den Handelsweg im Golf von Aden sichern soll. Die Ursachen für Piraterie werden dadurch allerdings nicht bekämpft.

Einer umfassende Mission der UNO mit zivilen und militärischen Komponenten stehen im Wesentlichen zwei Argumente entgegen: Die schlechte Sicherheitslage sowie das geringe Interesse westlicher und anderer internationaler Akteure abseits von Piraterie und Terrorismus. Daher ist mittelfristig nicht mit einem umfassenden Ansatz „an Land“ zu rechnen. Eine Alternative wäre eine Hybridmission von UNO und AU analog der United Nations African Union Mission in Darfur (UNAMID) im Sudan. Von der Regionalorganisation IGAD (Inter-Governmental Authority on Development) sind kaum Impulse zu erwarten. Die Idee einer IGADSOM führte letztlich zu AMISOM.

Die Aktivitäten externer Akteure könnten stärker koordiniert werden, um das Zusammenwirken verschiedener Initiativen zu verbessern. Eine wichtige Rolle könnten in diesem Zusammenhang sowohl die UNO als auch die AU spielen. Daneben dürfen aber auch die mögliche Rolle der EU und der Arabischen Liga (AL) nicht unterschätzt werden. Dabei sollten die Eigeninteressen der externen Akteure genauso wenig übersehen werden wie deren Wahrnehmung auf somalischer Seite. Die EU wird beispielsweise für die Überfischung der Gewässer vor Somalia (mit-)verantwortlich gemacht. Da sie zwar gegen Piraterie, aus Eigeninteresse allerdings nicht gegen illegale Fischerei vorgeht, erleidet sie einen Legitimitätsverlust.

Im Kampf gegen die Piraterie wäre es wichtig, den Aufbau und eine adäquate und nachhaltige Bezahlung der somalischen Sicherheitskräfte zu forcieren. Doch selbst

dann werden diese gegen Piraten nur halbherzig vorgehen, solange Piraterie für große Teile der Küstenbewohner das Überleben sichert.

### **Kreatives Vorgehen**

Ein lokaler Ansatz zum Aufbau staatlicher Strukturen wäre ebenso zum Scheitern verurteilt wie von oben verordnete Prozesse. Ein Aufbau von unten wurde zwar mehrfach versucht, ist aber bislang immer misslungen. Aber auch den Lösungsansätzen externer Akteure werden kaum Chancen eingeräumt. Eine Mischform aus Top Down-Ansatz, der bei der TFG ansetzt und Bottom Up-Ansatz, der lokale Gemeinschaften in den Prozess mit einbezieht, verspricht gegenwärtig am meisten Erfolg. In jedem Fall sollten nicht-somalische Akteure im Hinblick auf die Wahrnehmung durch die somalische Bevölkerung ihre Aktivitäten zurückhaltend gestalten.

Ansätze zur Verbesserung der Sicherheit sollten in jedem Fall durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) begleitet werden. In diesem Zusammenhang ist allerdings eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig. Während nämlich humanitäre Hilfe von unabhängigen NGOs ohne politische Absichten geleistet werden kann, sollte EZA als Instrument der Politik genutzt werden, um die Legitimität der Übergangsregierung zu erzeugen bzw. zu verstärken. EZA-Projekte sollten daher über die TFG laufen. Damit könnten durch klare Regeln und Vorgaben (Konditionalitätsprinzip) politische Entwicklungen in Somalia beeinflusst werden.

Ein direktes militärisches Engagement westlicher Staaten mit Unterstützung regionaler Akteure und/oder Nachbarstaaten würde unter den derzeitigen Bedingungen auf größten Widerstand stoßen. Bisherige Erfahrungen legen den Schluss nahe, dass sich ein Großteil der Somalier gegen externe Interventionen auflehnen würde.

Amtliche Publikation der  
Republik Österreich/  
Bundesminister für  
Landesverteidigung und  
Sport

Medieninhaber, Heraus-  
geber und Hersteller:  
Republik Österreich/  
Bundesminister für  
Landesverteidigung und  
Sport, BMLVS,  
Roßauer Lände 1,  
1090 Wien

Redaktion:  
BMLVS, Landesvertei-  
digungsakademie Wien,  
Institut für Friedenssi-  
cherung und Konflikt-  
management  
Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
+43 (0) 50201 10 28700  
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteure:  
Walter Feichtinger,  
Gerald Hainzl

Erscheinungsjahr:  
2010

Druck:  
BMLVS/ReproZ Wien

Externes Krisenmanagement steht wie-  
der einmal vor der Herausforderung, eine  
nachhaltige Verbesserung mit kurzfristigen  
„Erfolgen“ erzielen zu wollen. Dem steht  
die Notwendigkeit gegenüber, durch eine  
sorgfältige Analyse und einen langen Zeit-  
horizont für die Konflikttransformation  
die Nachhaltigkeit der Stabilisierungsmaß-  
nahmen zu gewährleisten.

### **Stärkung lokaler Ansätze**

Das internationale Engagement zielt  
generell auf eine Stärkung der Gesamtstaat-  
lichkeit ab. Dies bedeutet aber nicht, dass  
bestehende funktionierende substaatliche  
Strukturen wie Somaliland und Puntland  
nicht eingebunden werden sollten. Insbe-  
sondere deshalb, weil die TFG ihre Auto-  
rität bisher nicht auf das gesamte Staatsge-  
biet ausdehnen konnte und in absehbarer  
Zeit dazu auch nicht in der Lage sein wird.  
Ohne eine konstruktive Einbindung Soma-  
lilands und Puntlands kann es zu keinem  
substantiellen Fortschritt bei der Stabilisie-  
rung Somalias kommen. Somaliland sollte  
jedoch nur sehr bedingt eingebunden wer-  
den, da es in dieser Region einen Konsens  
gibt, sich nicht in die Angelegenheiten des  
Südens einzumischen. Die Forderung nach  
einer aktiven Rolle Somalilands könnte  
daher kontraproduktiv wirken. Ein positiver  
Beitrag könnte allerdings im Bildungsbereich  
geleistet werden. Darüber hinaus gilt es,  
Somaliland wie Puntland bei der Erhal-  
tung und Konsolidierung ihrer Stabilität zu  
unterstützen.

Die Unterstützung beim Aufbau soma-  
lischer Sicherheitskräfte ist positiv zu  
bewerten. In diesem Zusammenhang ist es  
jedoch besonders wichtig, dass die Sicher-  
heitskräfte in der Bevölkerung auf breite  
Akzeptanz stoßen. Um das zu gewährlei-  
sten, sollten somalische Streitkräfte ein  
Spiegelbild der Clanstrukturen darstellen.  
Dieses System hat bereits vor dem Zerfall  
des Staates zu einem relativ stabilen Sicher-  
heitsapparat geführt. Eine klientelistische

Instrumentalisierung der Sicherheitskräfte  
durch die TFG würde demgegenüber wei-  
tere Probleme aufwerfen.

### **Ableitungen und Empfehlungen**

Aufgrund der oben angeführten Argu-  
mente lassen sich folgende Ableitungen  
treffen und Möglichkeiten aufzeigen:

- Im externen Engagement ist eine klare  
Führung notwendig. Daher sollte die  
UNO bzw. die AU gestärkt und unter-  
stützt werden.
- Es sollte ein regionaler Ansatz des  
Krisenmanagements gewählt werden  
(African Ownership). Ein direktes  
(westliches) militärisches Engagement  
ist zu vermeiden, da es auf massiven  
Widerstand der Somalier stoßen würde.
- Mit Somaliland und Puntland sollte  
möglichst umfassend kooperiert wer-  
den, ohne dass dadurch eine Anerken-  
nung als Staat abzuleiten ist.
- Das Krisenmanagement sollte sich auf  
Unruhezone konzentrieren und der  
Aufbau von Sicherheitskräften unter-  
stützt werden.
- TFG sollte unterstützt werden. Al-  
lerdings sind dafür klare Regeln und  
Vorgaben zu erstellen.
- Ein weiteres Aufblähen des Parlaments  
(derzeit 550 Mitglieder) erscheint  
kontraproduktiv und nicht unterstüt-  
zenswert.
- Ein indirekter Ansatz von unten mit  
verschiedenen Ansprechpartnern aus  
der Diaspora, Geschäftsleuten, etc.  
erscheint sinnvoll und praktikabel.
- Der Geleitschutz für Handelsschiffe  
im Golf von Aden sollte fortgesetzt  
werden.